

Berthold Vogel

Neue Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat. Die politische Ordnung sozialer Verwundbarkeit und prekären Wohlstands

Dem Wohlfahrtsstaat geht es nicht gut und das schon seit geraumer Zeit. Er ist finanziell erschöpft, er steuert zielsicher auf demographische Fallen zu, er ist ideologisch in der Defensive, er muss sich seine normativen Unzulänglichkeiten vorhalten lassen und ihm machen neue soziale Ungleichheiten zu schaffen. Kurzum, die Veränderungen in Betrieb und Arbeitswelt, in Haushalt und Familie, in den Mentalitäten und Wertordnungen fordern das „wohlfahrtsstaatliche Arrangement“ (Kaufmann 1997) heraus.

Wenn wir mit Blick auf die Frage nach neuen sozialen Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat die sozialwissenschaftliche Literatur zu dessen problematischer Gegenwart und unsicherer Zukunft zu Rate ziehen, dann erkennen wir rasch, dass sich im Zuge der genannten Herausforderungen auch eine veränderte Sichtweise des Strukturgefüges der Gesellschaft etablierte. In den neunziger Jahren löste das dichotome Bild der „Innen-Außen“-Spaltung der Gesellschaft sowohl die Vorstellung einer geschichteten Mittelstandsgesellschaft altbundesrepublikanischer Prägung ab, als auch die Diagnose postmoderner sozialstruktureller Verflüssigung. In der soziologischen und in der sozialpolitischen Diskussion ist seither immer häufiger von Exklusion und Inklusion, von Ausgrenzung und Einbindung, von Überflüssigen und Integrierten die Rede (Kronauer 2002, Vogel 2001).

Dieser Neuzuschnitt soziologischer Ungleichheitsdebatten ist zweifelsohne produktiv und liefert uns ein erweitertes Verständnis heutiger gesellschaftlicher Entwicklungen. Doch dieser Erkenntniszugewinn fordert seinen Preis. So drohen in der laufenden Debatte um Exklusion und Inklusion die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Prozesse aus dem Blick zu geraten, die das „Innen“ und das „Außen“, das „Zentrum“ und die „Peripherie“ aneinander binden. Zudem suggeriert das Bild einer „Innen-Außen“-Spaltung der Gesellschaft das Vorhandensein eines stabilen und homogenen gesellschaftlichen Zentrums, das diesseits exkludierter Randlagen angesiedelt ist. Schließlich

lenkt die Dichotomie von „Innen“ und „Außen“ die Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Fluchtpunkte von Exklusionsprozessen: auf die wachsende Armut und die dauerhafte Arbeitslosigkeit. Diese Verlagerung der Aufmerksamkeit hat gute Gründe, doch die Analyse der Entwicklung sozialer Ungleichheit darf sich nicht alleine mit dem Verweis auf die Expansion und die Abspaltung sozialer Randlagen begnügen. Das soziologische Interesse muss sich verstärkt auf berufliche und soziale Positionen des (gefährdeten) Wohlstands richten, ohne dabei materielle Armut und soziale Marginalität aus den Augen zu verlieren. Die wertvollen konzeptionellen und empirischen Anstöße der Exklusionsdebatte bedürfen mithin einer systematischen Erweiterung.

Wenn der wirtschaftliche Strukturwandel die Kernbereiche der Arbeitswelt erreicht, wenn die Neujustierung der wohlfahrtsstaatlichen Politik mehr und mehr auf die Mitte der Gesellschaft zielt, und wenn infolgedessen stabile Status- und Wohlstandspositionen fragil werden, dann ist es notwendig und unabdingbar, den soziologischen und den sozialpolitischen Blick zu erweitern. Der vorliegende Beitrag plädiert für eine solche Erweiterung. Er plädiert erstens dafür, stärker als bislang die sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit auf eine dynamische soziale Übergangszone zu lenken, die gleichermaßen eine horizontale wie vertikale, eine synchrone wie diachrone Perspektive auf gesellschaftliche Gliederungen und Ungleichheiten erlaubt. Zweitens versteht sich der Beitrag als ein Plädoyer dafür, die Begriffe „*soziale Verwundbarkeit*“ und „*prekärer Wohlstand*“ soziologisch und sozialpolitisch sowohl für die Theorie sozialer Ungleichheit, aber auch für die empirische Ungleichheitsforschung nutzbar zu machen. Beide Begriffe markieren die soziale Übergangszone, in der die Weichen Richtung Aufstieg oder Abstieg, Richtung Integration oder Ausgrenzung, Richtung Etablierung oder Deklassierung gestellt werden.

Das Plädoyer für eine systematische Erweiterung des Verständnisses neuer sozialer Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat erfolgt in vier Schritten: (1) Zunächst werden die Begriffe soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand als Indikatoren sozialer Ungleichheit präsentiert und knapp in die Debatte eingeführt. (2) Daran anschließend geht es stichwortartig um eine problemorientierte Bestimmung dieser Begriffe. Hierbei werden die Eckpunkte des Kräftefeldes skizziert, in dem sich Verwundbarkeiten und prekäre Wohlstandslagen herausbilden. (3) Im dritten Schritt werden einige empirische Anhaltspunkte einer Identifikation verwundbarer und prekärer sozialer Kon-

stellationen vorgestellt. (4) Und im vierten Schritt gerät schließlich die veränderte politische Ordnung des Sozialen in den Vordergrund, die in starkem Maße auf die Herausbildung einer gesellschaftlichen Zone sozialer Verwundbarkeit und prekären Wohlstands Einfluss nimmt.

1 Soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand – Indikatoren neuer sozialer Ungleichheiten

Was hat es mit diesen Begriffen auf sich? Den Begriff der *sozialen Verwundbarkeit* finden wir in den sozialhistorischen Arbeiten Robert Castels (2000: 360). Castel identifiziert drei Zonen des sozialen Lebens: die Zone der Integration, die Zone der Verwundbarkeit und die Zone der Abkoppelung bzw. Ausgrenzung. Diese Zonen unterscheiden sich je nach dem, wie gesichert die Stellung in der Erwerbsarbeit und wie stabil die Einbindung in soziale Netze ist. Mit Blick auf die wachsende Prekarität der Beschäftigung, auf die veränderte Qualität sozialer Beziehungen und auf den aktuellen Zuschnitt staatlicher Politik spricht Castel von einer Ausweitung der Zone der Verwundbarkeit, ja sogar von der drohenden Rückkehr „massenhafter Verwundbarkeit“. Der Begriff der sozialen Verwundbarkeit steckt eine Zone der Wahrscheinlichkeiten ab, in der es um Abstiegs- oder Deklassierungsdrohungen geht, aber eben nicht um Exklusionsgewissheiten. Soziale Verwundbarkeit verweist somit auf Akteure in unsicheren, fragilen sozialen Lagen und er subjektiviert strukturelle soziale Gefahren. Die gefühlte soziale Ungleichheit und Unsicherheit kommen mit diesem Begriff ins Spiel.

Der Begriff des *prekären Wohlstands* etablierte sich zunächst in der Armutsforschung. Mitte der neunziger Jahre machte der Sozialwissenschaftler Werner Hübinger (1996) auf eine expandierende Einkommenszone aufmerksam, die zwischen Armut und gesicherten Wohlstandspositionen angesiedelt ist. Das Auskommen mit dem Einkommen fällt in dieser Zone schwer. Prekärer Wohlstand markiert einen gefährdeten Lebensstandard und er signalisiert: Die Mitte der Gesellschaft ist in ihrer Stabilität bedroht, soziale Konflikte und materielle Restriktionen finden sich nicht erst in den verarmten und langzeitarbeitslosen Randlagen der Gesellschaft. Prekärer Wohlstand ist zudem ein relationaler Begriff, der sich durch soziale Abstände definiert, und der auf ambivalente Erfahrungen und Selbstdefinitionen verweist – eben auf das Spannungsverhältnis zwischen Prekarität und Wohlstand. Seit kurzem ist

prekärer Wohlstand auch eine offizielle Kategorie des Datenreports des Statistischen Bundesamtes im Kapitel „Einkommensverteilung und Armut“ (Statistisches Bundesamt 2002: 580-596). Der Kategorie des prekären Wohlstands werden vom Statistischen Bundesamt diejenigen Haushalte zugerechnet, deren Einkommen sich zwischen 50% bis 75% des arithmetischen Mittels der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen bewegen.

Beide Begriffe nehmen eine fragile, prekäre, materiell und sozial unsichere Zone in den Blick, in der es zwar noch nicht um Armut und Arbeitslosigkeit, um Marginalisierung und soziale Ausgrenzung geht, aber in der der erreichte Lebensstandard und die errungenen beruflichen und sozialen Position dennoch nicht sicher sind. Mit anderen Worten: In dieser Zone der Gesellschaft steht die Frage von Auf- und Abstieg, von Stabilisierung und Destabilisierung, von Sicherheit und Unsicherheit zur Diskussion; in dieser Zone darf nichts „dazwischen kommen“ – nicht der Verlust des Arbeitsplatzes, keine chronische Krankheit, keine Ehescheidung oder andere familiäre Probleme, kein erzwungener Ortswechsel oder Umzug, keine unerwarteten finanziellen Anforderungen und Belastungen. In dieser Zone gleicht die eigene Lebens- und Haushaltsführung einem fragilen Kartenhaus, das nur geringer Erschütterungen bedarf, um in sich zusammenzustürzen. Die Ressourcen sind knapp und deren Verwendung ist genau kalkuliert.

Als Prozess- und Wahrscheinlichkeitsbegriffe verändern soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand zudem die Sichtweise auf die Grundlagen der gesellschaftlichen Ungleichheitsordnung. Statt sozialer Lagen und ihrer statistischen Verteilung kommen Biographien und Erwerbsverläufe ins Spiel, statt Individuen rücken Familien und Haushalte in den Mittelpunkt. Die soziologische Betrachtung wendet sich von den Randlagen in das Zentrum der Gesellschaft, hin zu den Quellen sozialer Exklusions- und Abstiegsprozesse.

2 Die Formierung und Konstitution von sozialer Verwundbarkeit und prekärem Wohlstand

Unter Rückgriff auf die von Karl Polanyi in *The Great Transformation* (Polanyi 1995) vorgelegte Theorie sozialen und wirtschaftlichen Wandels können wir davon sprechen, dass sich soziale Verwundbarkeiten und prekärer Wohlstand in dem an Konflikten und Ambivalenzen reichen Kräftefeld von Markt, Staat und sozialen Beziehungen konstituieren. Die Umbrüche in der Arbeits-

welt und in der Organisation der Betriebe wirken hier ebenso wie auch die qualitativen und quantitativen Veränderungen der Familienformen und Generationenbeziehungen oder die wachsenden Disparitäten in der Konsumkraft der Haushalte. Doch von zentraler Bedeutung ist in diesem Kräftefeld die politische und rechtliche Neuordnung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Arrangements. Die Formierung und Konstitution von sozialer Verwundbarkeit und prekärem Wohlstand sind in starkem Maße Ausdruck neuer politischer Regulations- und Steuerungsformen des Sozialen.

Was sind die Eckpunkte dieses Kräftefeldes? Welche sozialwissenschaftlichen Kenntnisse aus der Arbeits- und Familiensoziologie, aus der Haushalts- und Konsumforschung und aus der politischen Soziologie des Wohlfahrtsstaates stehen uns zur Verfügung, um die Eckpunkte in knapper und summarischer Form zu skizzieren?

2.1 Die Organisation der Betriebe und der Erwerbsarbeit

Zahlreiche industrie- und arbeitssoziologische Studien zeichnen neue Konzepte der Unternehmensorganisation und der betrieblichen Personalplanung und -rekrutierung nach (Deutschmann 2002, Schumann 2003). Eine der zentralen Folgen der internen und externen Neuausrichtung betrieblichen Handelns ist der Verlust der sozialintegrativen Kraft der Unternehmen (Castel 2000). Durch die Projektförmigkeit der Arbeitsabläufe relativieren sich auf Seiten der Arbeitnehmer Beschäftigungsperspektiven. Die Kalkulierbarkeit und die Erwartbarkeit von beruflichen und betrieblichen Karrieren verlieren zunehmend ihre arbeitsrechtliche und organisatorische Basis. Die Strategien „interner“ Flexibilisierung führen zu einer stärkeren Individualisierung der Arbeitsverhältnisse und -beziehungen. Die vertragliche Gestaltung von Beschäftigungsverhältnissen wird spezieller, variabler und personalisierter (Oschmiansky/Oschmiansky 2003) – und damit auch verwundbarer. Die staatlich geförderte Expansion der Leiharbeit und der befristeten Beschäftigung sind hierfür Beispiele (Vogel 2003). Die Strategien der „externen“ Flexibilisierung, die Aufspaltung der Unternehmen in Netzwerkstrukturen und die Neugliederung der Betriebe in „Cost“- oder „Profitcenter“ dekollektivieren die Arbeitsorganisation und fördern neuartige Selektionsprozesse unter den Beschäftigten (Boltanski/Chiapello 2003). Mit Blick auf die Stabilität und die Perspektiven von Beschäftigungsverhältnissen, aber auch mit Blick auf

ihre rechtliche Form gilt, dass sich soziale Unterschiede und Ungleichheiten innerhalb der Betriebe verschärfen. Die politische Förderung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, beispielsweise der Leiharbeit, der Befristung von Arbeitsverhältnissen, der geringfügigen Beschäftigung oder der prekären Selbständigkeit beschleunigt diesen Prozess erheblich. Zwar kann von einem Verschwinden der Erwerbsarbeit keineswegs die Rede sein, gleichwohl verändern sich die Organisation und die Physiognomie der Erwerbsarbeit grundlegend.

2.2 Die soziale Tragfähigkeit der Familie

Die familiensoziologische Forschung macht uns immer wieder darauf aufmerksam, dass die Familie als Institution des Zusammenlebens verschiedener Generationen keineswegs dramatisch an Bedeutung einbüßt (Bertram 2000). Auch in sozialen Krisensituationen bleiben familiäre Beziehungen relevant. Dennoch zeigen eine Vielzahl aktueller empirischer Studien, dass die „Sicherheitsnetze“ der sozialen Institution Familie an Tragfähigkeit verlieren (AWO 2000; Chassé/Zander/Rasch 2003). Viele Familien sind materiell und sozial überfordert bzw. bewegen sich am Rande der Belastbarkeit. Das gilt nicht nur für Familien, in denen die Eltern mit Arbeitslosigkeit oder beruflicher Perspektivlosigkeit konfrontiert sind. Darüber hinaus haben sich auch die Binnenstrukturen der Familien in den vergangenen Jahrzehnten in grundlegender Weise gewandelt. Die Norm der Ein-Kind- oder bestenfalls Zwei-Kind-Familie mag zwar die finanziellen Lasten, die die Eltern zu tragen haben, reduzieren. Doch zugleich verringert sich auf diese Weise auch die soziale Reichweite familiärer Strukturen. Daran ändert auch die soziologische Entdeckung der multilokalen Multioptionsfamilie (Bertram 1997) nichts. Hinzu kommt schließlich eine dramatische Entwertung der Familienarbeit, die von Suzanne Franks (1999) oder Arie Hochschild (2002) eindrucksvoll dokumentiert wird. Familienarbeit bringt weder Prestige noch Anerkennung. Für Männer schon gar nicht, aber auch für Frauen immer weniger. „Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur die Arbeit wartet“ – diese prägnante Formel von Hochschild beschreibt die Lage, den Status, die Tragfähigkeit und die Rolle der sozialen Institution Familie nachdrücklicher als manche statistische Kennziffer zu Eheschließung, Scheidung und Kinderzahl.

2.3 Die Grenzen des demonstrativen Konsums

Der Konsum von Waren und Dienstleistungen hat in der symbolischen Ordnung der Gesellschaft eine soziale Signalfunktion. Thorstein Veblen verweist auf diese demonstrativen Effekte des Konsums (1997), Pierre Bourdieu macht die sozial distinktiven Effekte des Geschmacks zur Grundlage seiner gesellschaftstheoretischen Überlegungen (1982), Zygmunt Bauman spricht von der Scham und der sozialen Randstellung derer, die als Konsumenten am Warenkreislauf der Gesellschaft nicht in gewünschter und erwarteter Weise teilhaben können (1999). Die Fähigkeit zu demonstrativem Konsum gerät, so Bauman, mehr und mehr zum Exempel und Maßstab eines erfolgreichen und gelungenen Lebens. Die sprunghaft steigende Zahl überschuldeter Haushalte und deren Belastung durch Konsumentenkredite (Knies/Spieß 2003) lassen Rückschlüsse auf finanzielle Strategien zu, mit deren Hilfe Haushalte versuchen, Ungleichheiten in den Teilhabemöglichkeiten an der Warenwelt auszugleichen bzw. erreichte Wohlstandspositionen zu verteidigen. Die Tatsache, dass die Finanzierung des eigenen Lebens und dessen symbolische Ausgestaltung für mehr und mehr Haushalte auf tönernen Füßen steht (Bundesministerium 2001), ist eng mit der Herausbildung sozialer Verwundbarkeiten und prekärer Wohlstandslagen verknüpft. Die Belastung der Privathaushalte durch Konsumentenkreditverpflichtungen markiert soziale bzw. materielle Risiken eigener Qualität. Die Balance von Einkommensmöglichkeiten und Rückzahlungspflichten kann rasch aus dem Gleichgewicht geraten. Diese Störung des prekären Gleichgewichts ist häufig der Startpunkt sozialer und beruflicher Deklassierungsprozesse (Zimmermann 2000).

2.4 Die sozialen Ordnungsvorstellungen des Wohlfahrtsstaates

Der Wohlfahrtsstaat befindet sich in einer tiefgreifenden finanziellen, politischen und auch ideologischen Steuerungskrise. Die Problematisierung und Diskussion von Staatsaufgaben und Staatsideen währt bereits eine gute Dekade (Grimm 1994; Voigt 1992). Von einem Ende des Staates kann dennoch keine Rede sein – gerade die Interventionen des Staates in die Sphäre der Erwerbsarbeit waren noch nie so mannigfaltig wie heute. Wer hierfür Belege sucht, dem genügt ein kurzer Blick auf die aktuelle arbeitsmarkt- und sozialpolitische Debatte: Wenn Arbeitslose zuerst ihre Lebensversicherung aufbrauchen müssen, bevor sie staatliche Unterstützungsleistungen erhalten,

wenn qualifizierte Facharbeiter vom Arbeitsamt in die Leiharbeit gedrängt werden, wenn Familien vom Job-Mix im staatlich geförderten Niedriglohnssektor existieren, wenn darüber rasoniert wird, die Kriterien der Sozialauswahl in Betrieben abzuschaffen, wenn bei der Arbeitssuche der berufliche Bestandschutz aufgehoben ist, wenn nur noch kurzzeitig Arbeitslosen der Weg in weiterbildende und arbeitsschaffende Maßnahmen geöffnet wird, wenn das öffentliche Bewusstsein mehr und mehr von der autoritären Zwangsvorstellung beherrscht wird, dass jede Arbeit besser sei als keine Arbeit – dann sind wir nicht Zeugen eines Rückzugs des Staates, sondern sich grundlegend verändernder staatlicher Ordnungsprinzipien (Lessenich 2003). Die Ausweitung der Zone der Verwundbarkeit und des prekären Wohlstands ist eben nicht nur ökonomischen Sachgesetzhelkeiten geschuldet, sondern immer auch das Resultat politischer und rechtlicher Regulationsformen des Sozialen (Supiot 2000). Schließlich kann auch von einer verschärfen Konfrontation „Staat“ versus „Markt“, die auf divergente soziale Ordnungsvorstellungen verweist, nur schwerlich die Rede sein. Es sind doch gerade staatliche Agenturen, die intensiv auf die Einführung von Marktprinzipien drängen – in allen Feldern wohlfahrtsstaatlicher Politik und insbesondere in der öffentlichen Verwaltung selbst (Mezger/West 2000). Die Ökonomisierung des Politischen (Pelizzari 2001) ist ein Projekt der Politik. Mit anderen Worten: Die sozialen Ordnungsvorstellungen staatlicher Politik befinden sich in einem Prozess grundlegenden Wandels (Zumbansen 2000). Und dieser Wandel wird nicht ohne Folgen für die Gestalt des sozialen Strukturgefüges bleiben.

3 Die (notwendige) Empirie sozialer Verwundbarkeit und prekären Wohlstands

Wenn von sozialer Verwundbarkeit oder prekärem Wohlstand die Rede ist, dann deutet das weder auf ein Verschwinden der Erwerbsarbeit hin, noch auf die Auflösung der Familie oder auf einen umfassenden Bedeutungsverlust bzw. Rückzug des Staates als politischer Steuerungsinstanz. Derlei Krisenszenarien sind hier nicht angesprochen. Die Anforderungen, die mit den Begriffen der sozialen Verwundbarkeit und des prekären Wohlstands an Soziologie und Sozialpolitik gestellt werden, liegen vielmehr in der empirischen Identifikation der gesellschaftlichen Orte, an denen soziale Stabilität und

Kohäsion verloren gehen, und die die Gefahren des Abstiegs bzw. der Deklassierung in sich tragen.

Die Soziologie gesellschaftlicher Ungleichheiten muss ihr empirisches Augenmerk auf die wachsende Brüchigkeit sozialer Stellungen und Positionen, auf neuartige berufliche Gefährdungen, auf das Scheitern sicher geglaubter Karrieren, auf die Unmöglichkeit der Fortsetzung bestimmter sozialer Arrangements richten. Es geht um die Risiken spezifischer familiärer Lebenslagen, um die Fallen der Verschuldung, um die Risiken der Selbständigkeit ohne finanzielles Hinterland. Die empirische Identifikation dieser sozialen Prozesse und Konstellationen ist – im Sinne von „Prekaritätsanalysen“ (Blanke 2003) – vielfach erst noch zu leisten. Was ist dabei zu beachten? Im Zentrum der Bestandsaufnahme und der Analyse sozialer Verwundbarkeiten und prekären Wohlstands stehen vier Dimensionen: erstens die *prozessurale Dimension* der sozialen Laufbahnen und Erwerbsbiographien; zweitens die *relationale Dimension* sozialer Abstände – zu Soziallagen der Armut auf der einen, zu Soziallagen des gesicherten Wohlstands auf der anderen Seite; drittens die *haushaltsbezogene Dimension* der Lebensführung – im Mittelpunkt der Empirie der Verwundbarkeit und der Prekarität stehen gerade nicht individuelle Lebenslagen, sondern explizit Haushalte und Familien; und schließlich viertens die *subjektive Dimension* der Erfahrungen und der gesellschaftsbezogenen Wahrnehmungsmuster und Selbstbilder.

Zwar liegen mittlerweile einige empirische Studien zu prekären Beschäftigungsformen vor, beispielsweise zu sozialen Laufbahnen und Erfahrungen von Leiharbeitskräften und befristet Beschäftigten (Linne/Vogel 2003, Vogel 2003). Doch weitere empirische Daten und qualitative Befunde sind erforderlich. Empirische Fallstudien zu Alleinverdienerhaushalten, die ihr familiäres Budget und ihre Ressourcen in prekärer Balance zu halten versuchen, sind ebenso Mangelware wie Studien zu Mehrfachbeschäftigten, die mittels „Job-Mix“ ihr Auskommen bestreiten, oder zu Beschäftigten in Kleinbetrieben, die durch den Verzicht auf Lohn und Arbeitnehmerrechte den eigenen Arbeitsplatz zu stabilisieren versuchen, oder auch zu Angestellten im öffentlichen Dienst, die unter dem Druck von „benchmarking“ und „new public management“ stehen.

In allen genannten Konstellationen verfügen wir bislang nur über spärliche empirische Kenntnisse – abgesehen von der ebenso verdienst- wie eindrucksvollen Sozialdokumentation „In einem reichen Land“ (Grass/Dahn/Strasser

2002). Auf der soliden Grundlage der Lohn- und Einkommensstatistik wissen wir aber immerhin, dass in die Einkommenszone des prekären Wohlstands rund 25% aller Haushalte in Deutschland fallen (Statistisches Bundesamt 2002: 585). Mit der Diskussion um soziale Verwundbarkeiten und prekären Wohlstand nähern wir uns offensichtlich einem relevanten Ausschnitt der bundesdeutschen Gesellschaft.

Die Empirie sozialer Verwundbarkeit und prekären Wohlstands zielt auf die Mitte der Gesellschaft und ermöglicht eine Topologie sozialer Brüche und Gefährdungen. Der sozialstrukturelle Blick erweitert sich – von der Armut, der Arbeitslosigkeit und der Exklusion hin zu den *Fragen des Stuserhalts, der Wohlstandssicherung und der Deklassierungsvermeidung*. Auf diese Weise treten neue, zeitdiagnostisch relevante Soziallagen, Erfahrungsmuster und Konfliktarenen in den Vordergrund soziologischer Forschung und Diskussion.

4 Die politische Ordnung sozialer Verwundbarkeiten und prekären Wohlstands

Mit der Diskussion um soziale Verwundbarkeiten und um prekären Wohlstand geraten uns nicht nur neue empirische Fragen, sondern auch ein verändertes normatives Konzept der Sozialordnung in den Blick – der „neue Geist des Kapitalismus“, wie er in instruktiver Weise von den beiden französischen Soziologen Luc Boltanski und Eve Chiapello beschrieben wird (2003). Diesen „neuen Geist“ kennzeichnen die netzwerkartige und projektförmige Struktur des Arbeitslebens, die in allen Branchen wachsenden Anforderungen an die Eigenverantwortung der Beschäftigten und die allmähliche Verbetrieblichung des Familienlebens und der Haushaltsführung. Doch die Ressourcen, um diesem veränderten normativen Konzept der Sozialordnung gerecht werden zu können, sind sozial ungleich verteilt. Ein Fall für den Wohlfahrtsstaat? Im Prinzip, ja.

Doch alles deutet darauf hin, dass die Architektur wohlfahrtsstaatlichen Handelns und die neuen sozialen Ordnungsvorstellungen wohlfahrtsstaatlicher Politik immer weniger im Sinne eines „Vorsorgestaates“ (Ewald 1993) bzw. eines „sorgenden Staates“ (de Swaan 1993) beschrieben werden können – „(vor-)sorgend“ in mehrfacher Hinsicht: mit Blick auf die Minimierung sozialer Risiken bzw. die Dämpfung sozialer Ungleichheiten, mit Blick auf

soziale und berufliche Stattsicherung und mit Blick auf die Bereitstellung qualifizierter und disziplinierter Arbeitskräfte. Dieses Modell und diese Idee von (Wohlfahrts-)Staatlichkeit prägte in den vergangenen Jahrzehnten die westeuropäische und die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft in konstitutiver Weise. Die neue Architektur wohlfahrtsstaatlichen Handelns orientiert sich mehr und mehr am Modell des „Gewährleistungsstaates“ (Schedler 2000; Zypries 2001) oder des „Ermöglichungsstaates“ (Göring-Eckardt 2003), der keine soziale Stattsicherung, sondern nur noch eine staatlich-institutionelle Grundausrüstung (ein „Grundangebot“) gewährleistet. Den Bürgern werden nun Chancen ermöglicht, die zu nutzen allerdings ihre Aufgabe ist. In paradigmatischer Weise kommt dieser Modellwechsel in der Neuausrichtung des Arbeits- und Sozialrechts zum Ausdruck (Blanke 2003).

Diese Neuorientierung staatlichen Handelns, die einen veränderten Regulationsmodus des Sozialen repräsentiert, trifft in ihrer entschiedenen und konsequenten Abkehr vom Stattsicherungsprinzip auch die bislang gesicherte Mitte der Gesellschaft – genauer: die „arbeitnehmerische Mitte“ (Lepsius 1979) der Facharbeiter und Fachangestellten. Diese Abkehr vom Stattsicherungsprinzip wird von einer Ausweitung von Kontrollpraktiken und Zwangsmaßnahmen in den sozialen Randlagen begleitet. Die vom Arbeitsmarkt und aus dem Erwerbsleben „Exkludierten“ sehen sich mit neuen Formen eines sozialpolitischen Autoritarismus (Dahrendorf 2000: 1067) konfrontiert.

Kurzum, die Architektur des Wohlfahrtsstaates verändert sich und mit ihr die Gestaltung von Staatsaufgaben und die politische Regulation der Gesellschaft. Für Castel liegt hier die zentrale Ursache und Triebfeder für eine Rückkehr „massenhafter Verwundbarkeit“. In historischer Perspektive, so Castel, lösten sich gemeinschaftliche Bindungen der Klasse, der Nachbarschaft oder der Familie auf und gingen in kollektiv-staatliche Sicherungen und Bindungen über. Die aktuelle Erosion dieser staatlich organisierten Sicherungen und kollektiv garantierten Bindungen kann heute nicht in einer Art historischer Umkehr durch familiäre, nachbarschaftliche und klassenspezifische Gemeinschaften ersetzt werden (Castel 2000). Die Folge ist eine Expansion des „negativen Individualismus“, der von Castel in Begriffen des Mangels – „Mangel an Ansehen, Mangel an Sicherheit, Mangel an gesicherten Gütern und stabilen Beziehungen“ (Castel 2000: 404) dekliniert wird. Die Erfahrung des „negativen Individualismus“ machen nun verstärkt auch diejenigen sozialen Schichten und Milieus, die (häufig als soziale Aufsteiger)

bislang vom Ausbau und Bestand des wohlfahrtsstaatlichen Institutionengefüges ausschließlich profitiert haben.

Eine neue Epoche der wohlfahrtsstaatlichen Gestaltung und Ordnung scheint angebrochen zu sein – die Mitte des sozialen Strukturgefüges gerät unter Druck, ihr Wohlstand verliert an Stabilität und droht prekär zu werden, ihre soziale Verwundbarkeit wächst. Während das „wohlfahrtsstaatliche Arrangement“ über Jahrzehnte ein zuverlässiger Garant kollektiver sozialer Aufstiege oder zumindest kollektiver Statussicherung war, wird nun der Entzug sozialer Statussicherung zu dem zentralen Bauelement der neuen Architektur staatlicher Aufgaben. Selbst die politische Gestaltung der ostdeutschen Transformation zielte in ihrer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik noch darauf ab, kollektive Abstiege zu verhindern und Perspektiven auf Statuserhalt zu eröffnen (Vogel 1999: 48-72). Doch nun treten kollektive Abstiegsgefahren und -ängste auf die gesellschaftliche Bühne. Wenn der Kern einer veränderten Idee der Staatlichkeit und eines markant veränderten Zuschnitts des Politischen die schrittweise Abkehr vom Statussicherungsprinzip (in den Bereichen Beruf, Rente und Gesundheit, aber beispielsweise auch in der staatlich subventionierten Vermögensbildung) ist, dann spricht in sozialstruktureller Hinsicht vieles dafür, dass sich bis weit in die Gesellschaft hinein neue Felder sozialer Verwundbarkeiten und prekären Wohlstands formieren – im Sinne sozialer Wahrscheinlichkeiten und biographischer Erwartungen bzw. Erfahrungen.

Die sozialen Kreise, in denen zu spüren ist, dass das alte bundesrepublikanische Modell der wohlfahrtsstaatlichen Gestaltung der Gesellschaft an sein Ende gekommen ist, weiten sich aus. Die Diagnosen und Prognosen der politischen Öffentlichkeit sind eindeutig: Das Modell des „sorgenden Staates“ ist nicht überlebensfähig. Die katastrophale Überschuldung des Staates liefert diesen Diagnosen die finanziellen Argumente, die angeblich segensreichen Anreize sozialer Ungleichheit liefern die ideologische Legitimation und die allseits geforderte Notwendigkeit größerer Eigenverantwortung des Einzelnen liefert die moralische Absolution. Dem Wohlfahrtsstaat geht es nicht gut – „mehr Ungleichheit wagen“ gerät zur prekären Chiffre und zur ethischen Maxime seiner Neuordnung.

Literaturverzeichnis:

- AWO (Arbeiterwohlfahrt) (2000): *Gute Kindheit – schlechte Kindheit. Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen*. Bonn: AWO-Bundesverband.
- Bauman, Zygmunt (1999): *Unbehagen in der Postmoderne*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bertram, Hans (1997): *Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bertram, Hans (2000): „Arbeit, Familie und Bindungen“, in: Jürgen Kocka; Claus Offe (Hg.): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt am Main/New York: Campus, 308-342.
- Blanke, Thomas (2003): Paradigmawechsel im Arbeitsrecht. Manuskript für das SOFI-Forschungskolloquium, Göttingen/Oldenburg.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Eve (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2001): *Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999*. Band 198 der Schriftenreihe des BMFSFJ. Berlin.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Chassé, Karl August; Zander, Margherita; Rasch, Konstanze (2003): *Meine Familie ist arm*. Opladen: Leske und Budrich.
- Dahrendorf, Ralf (2000): „Globale Klasse und neue Ungleichheit“, *Merkur* 11/2000: 1057-1068.
- De Swaan, Abram (1993): *Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit*. Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Deutschmann, Christoph (2002): *Postindustrielle Industriosociologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten*. Weinheim und München: Juventa.
- Ewald, François (1993): *Der Vorsorgestaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Franks, Suzanne (1999): *Das Märchen von der Gleichheit. Frauen, Männer und die Zukunft der Arbeit*. Stuttgart: DVA.
- Göring-Eckardt, Katrin (2003): „Die Bürger sind reformwillig“, Interview in der *Süddeutschen Zeitung* vom 7.2.2003: 11.
- Grass, Günter; Dahn, Daniela; Strasser, Johano (2002): *In einem reichen Land. Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Göttingen: Steidl.

Neue Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat

- Grimm, Dieter (Hg.) (1994): *Staatsaufgaben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hochschild, Arlie Russell (2002): *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hübinger, Werner (1996): *Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit*. Freiburg: Lambertus.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): *Herausforderungen des Sozialstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Knies, Gundi; Spieß, Katharina C. (2003): Fast ein Viertel der Privathaushalte in Deutschland mit Konsumentenkreditverpflichtungen. DIW-Wochenbericht 17/2003. Berlin.
- Kronauer, Martin (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Lepsius, M. Rainer (1979): „Soziale Ungleichheiten und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland“; in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 166-209.
- Lessenich, Stephan (2003): „Soziale Subjektivität. Die neue Regierung des Sozialen“, *Mittelweg* 36 4/2003: 80-93.
- Linne, Gudrun; Vogel, Berthold (Hg.) (2003): *Leiharbeit und befristete Beschäftigung*. Arbeitspapier 68 der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.
- Mezger, Erika; West, Klaus-W. (Hg.) (2000): *Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln*. Marburg: Schüren.
- Oschmiansky, Heidi; Oschmiansky, Frank (2003): *Erwerbsformen im Wandel: Integration oder Ausgrenzung durch atypische Beschäftigung? Berlin und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*. Discussion Paper des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.
- Pelizzari, Alessandro (2001): *Die Ökonomisierung des Politischen. New Public Management und der neoliberale Angriff auf die öffentlichen Dienste*. Konstanz: UVK.
- Polanyi, Karl (1995): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Statistisches Bundesamt (2002): *Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schedler, Kuno (2000): „Gewährleistungsstaat – eine Konzeption für den Staat im New Public Management“, *Berliner Debatte INITIAL* 3/2000: 5-18.
- Schumann, Michael (2003): *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Kritische Industriosozologie zwischen Taylorismuskritik und Mitgestaltung innovativer Arbeitspolitik*. Hamburg: VSA.

Berthold Vogel

- Supiot, Alain (2000): „Wandel der Arbeit und Zukunft des Arbeitsrechts in Europa“, in: Jürgen Kocka; Claus Offe (Hg.): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt am Main/ New York: Campus, 293-307.
- Veblen, Thorstein (1997): *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Vogel, Berthold (1999): *Ohne Arbeit in den Kapitalismus. Der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft*. Hamburg: VSA.
- Vogel, Berthold (2001): „Überflüssige in der Überflussgesellschaft? Sechs Anmerkungen zur Empirie sozialer Ausgrenzung“, *Mittelweg* 36 1/2001: 57-62.
- Vogel, Berthold (2003): „Leiharbeit und befristete Beschäftigung. Chance zur Integration in den Arbeitsmarkt oder neue Form sozialer Gefährdung?“, *Personalführung* 5/2003: 78-83.
- Voigt, Rüdiger (Hg.): (1992): *Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat?* Baden-Baden: Nomos.
- Zimmermann, Gunther E. (2000): *Überschuldung privater Haushalte*. Freiburg: Lambertus.
- Zumbansen, Peer (2000): *Ordnungsmuster im modernen Wohlfahrtsstaat. Lernerfahrungen zwischen Staat, Gesellschaft und Vertrag*. Baden-Baden: Nomos.
- Zypries, Brigitte (2001): *Der aktivierende Staat: Theoretische Grundlagen für praktische Politik*. Vortrag am Institut für öffentliche Dienstleistungen und Tourismus der Universität St. Gallen am 26. Januar 2001. Quelle: <http://www.staat-modern.de/infos/daten/stgallen.pdf> (Stand: 5. August 2003).

Anschrift des Autors: Dr. Berthold Vogel
Hamburger Institut für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg

oder:
Soziologisches Forschungsinstitut an der
Georg-August-Universität Göttingen
Friedländer Weg 31
37085 Göttingen

E-Mail: berthold_vogel@his-online.de